

# ¡Fijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 630

Mittwoch, 19. April 2017

24. Jahrgang

### Inhaltsverzeichnis

Entwicklungshemmnis Gewalt: Was tun im Armenviertel?.....	1
Brand im Kinderheim: Ehemalige Funktionäre bald vor Gericht.....	3
Europäische Union und Vereinte Nationen unterstützen weiterhin CICIG.....	3
Gegen oder für Velásquez und Robinson?.....	4
Biopsia, April 2017 / von Diana Vásquez: Widersprüchliche Urteile.....	5

### Entwicklungshemmnis Gewalt: Was tun im Armenviertel?

*Die meisten Länder des Südens konnten in den vergangenen zwei Jahrzehnten bemerkenswerte Entwicklungserfolge erreichen. Doch in dem mittelamerikanischen Land Guatemala steigt die Kindersterblichkeitsrate und die Armut nimmt zu. Wieso? Eines der gravierendsten Entwicklungshemmnisse ist die alltägliche Gewalt. Guatemala-Stadt hat eine der weltweit höchsten Mordraten. Davon sind vor allem die Menschen in den Armenviertel betroffen. In vielen dieser Gegenden ist die katholische Kirche präsent und aktiv. Der überwiegend in Guatemala lebende freie Journalist, Andreas Boueke, hat der ¡Fijáte!-Redaktion diese Geschichte zukommen lassen. Sie soll - kurz nach Ostern - das schwierige Unterfangen der christliche(n) Kirchen beleuchten, das Los der Menschen im Diesseits zu verbessern.*

Noch kurz vor Beginn des morgendlichen Sonntagsgottesdienstes geben sich einige Frauen grosse Mühe, den Saal mit Farnen und Blumen zu schmücken. Wenig später sitzen über dreihundert Personen auf Plastikstühlen in der Kirche San José in La Comunidad, einem Armenviertel im Osten von Guatemala-Stadt. Die meisten Männer tragen Sonntagsanzüge, einige Frauen dezente Kleider, ein wenig Schmuck und etwas mehr Schminke als sonst. Doch viele Schuhe sind schmutzig von dem Staub auf den Pfaden, die aus den tiefen Schluchten der Umgebung herauf zur Kirche führen.

Der spanische Pater Javier kann seiner Gemeinde keine Hoffnung auf bessere Zeiten in dieser Welt machen. „Wir sind hier in einem Stadtteil, der als besonders gefährlich gilt. Ständig kommt es zu Gewalt und ich muss junge Menschen zu Grabe tragen, die ermordet wurden. Dann gehe ich hin und spreche ein Gebet. Was sonst kann man tun?“ Pater Javier hat einen besonderen Zugang zu Informationen über die Zukunft, die Beichte. Durch sie kennt er den Gemütszustand der jungen Generation: „Viele Kinder sind zornig, weil ihre Familien so viel Elend erleben. Wenn ein Angehöriger ermordet wird, erschüttert das die Jüngsten tief. Aber man sieht es ihnen nicht an. Sie spielen Fussball und alles scheint normal. Doch sobald sie fünfzehn Jahre alt sind, kommen diese Gefühle nach oben und sie besorgen sich eine Pistole. Wir müssen ihnen beistehen und helfen, den Zorn zu überwinden. Was könnten wir anderes tun? Ich weiss es nicht.“

In den besonders verarmten Aussenbezirken prägt die Gewalt das Leben der Jugendlichen und der Kinder. Guatemala hat eine der höchsten Mordraten weltweit. Die alltägliche Gewalt gilt als ein gravierendes Hemmnis für die Entwicklung des Landes. Der staatliche Sicherheitsapparat funktioniert nicht. Es gibt nicht genügend PolizistInnen und das Justizwesen ist vom organisierten Verbrechen korrumpiert.

Was kann die Kirche in dieser Situation tun? Nicht viel, meint Pater Javier: „Die Kirche hier ist arm. Wir leben in Armut. Auch unser Erzbischof führt ein ärmliches Leben. Viele von uns gehen zu Fuss oder fahren mit dem Bus.“

Die Vereinten Nationen haben sich zur Jahrtausendwende auf eine Reihe Entwicklungsziele geeinigt, unter anderem die Bekämpfung extremer Armut und die Reduzierung der Kindersterblichkeit. In Lateinamerika gilt Guatemala als das Land mit den geringsten Entwicklungserfolgen. Sechzig Prozent der UN-Millenniums-Entwicklungsziele wurden nicht erreicht.

Aber Pater Javier kann doch ein paar Erfolge vorweisen. Zum Beispiel bekommen jeden Tag zweihundert Kinder eine ausgewogene Mahlzeit in seinem Gemeindezentrum. Trotzdem wünscht sich die Sozialwissenschaftlerin Ninfa Alarcón, die Kirche würde mehr tun. Sie arbeitet in dem Menschenrechtsbüro des Erzbistums von Guatemala-Stadt: „Die katholische Kirche hat noch immer einen grossen Einfluss auf die Menschen, auf die Familien. Zum Beispiel kann sie einiges erreichen, wenn sie das Thema der innerfamiliären Gewalt anspricht. Leider ist es hier noch immer üblich, dass schon die Kleinsten geschlagen werden. Dass passiert zu Hause, dort wo sie eigentlich geschützt aufwachsen sollten. Viele werden auch sexuell misshandelt, von Stiefvätern, Onkeln, Grossvätern oder auch von den eigenen Vätern. Da muss die Kirche offene Worte sprechen.“

Einer der engagiertesten Katecheten in der Gemeinde von Pater Javier in dem Armenviertel La Comunidad ist Cesar Puac. Der gelernte Automechaniker hat es sich zur Aufgabe gemacht, denjenigen Gemeindemitgliedern Mut zuzusprechen, die eine aussergewöhnliche Lebenskrise durchlaufen. „Es gibt hier viel Erpressung“, erzählt er. „Auch deshalb werden so viele Leute ermordet. Menschen sterben, weil sie einen Laden besitzen oder ein kleines Geschäft haben.“ Der Körper des alten Manns ist dürr. Er wirkt müde. Trotzdem rafft er sich immer wieder auf und konfrontiert sich mit dem Leid der Schwestern und Brüder seiner Gemeinde: „Heute besuche ich eine Mutter, die um den Tod ihres Sohnes trauert. Als Repräsentant der Kirche werde ich ihr Mut zusprechen.“

Er steht vor einem roten Haus mit Wellblechdach in dem Aura Pérez wohnt, zusammen mit ihrer Tochter Sheila. Die Frau hat vier Kinder zur Welt gebracht. Drei ihrer Familienangehörigen sind gestorben. Nach der Begrüssung erzählt sie, dass zuletzt ihr Sohn Miguel erschossen wurde. Das war vor einem Monat: „Zuerst ist mein Mann gestorben, dann mein kleines Baby und jetzt mein Sohn. Schon der zweite. Aber ich spüre, dass Gott immer bei mir ist. Er lässt mich nie allein.“

Cesar Puac kennt das Schicksal der Familie sehr genau: „Diese Mutter kommt zu uns in die Kirche. Ihr Sohn wurde ermordet, weil er Drogen verkauft hat. Niemand weiss, wer das getan hat.“

Statistisch gesehen werden in Guatemala nicht einmal sieben von hundert Morden aufgeklärt. „So ein Besuch ist natürlich erschütternd“, sagt Cesar Puac, als er wieder vor der Hütte im Staub der Strasse steht. „Man würde gerne mehr tun, um zu helfen, sowohl mit Geld als auch mit dem Herzen. Ich weiss, was diese Mutter durchmacht. Meiner Familie ist dasselbe passiert. Vor acht Jahren wurde mein Neffe ermordet.“ Auf die Frage, wie es der trauernden Mutter gelingen kann, sich trotz der vielen Schicksalsschläge jeden Tag wieder zur Arbeit aufzuraffen, antwortet der Katechet lakonisch: „Es geht ja nicht anders!“

Angeichts dieses Fatalismus macht sich der Psychologe Marco Antonio Garavito Sorgen um die ethischen Säulen der Gesellschaft. Er hat an mehreren Studien über die mentale Gesundheit der Bevölkerung Guatemalas mitgewirkt und befürchtet, das Wertesystem der Menschen könnte aus den Fugen geraten: „Nach einem Verlust durchläuft der Mensch immer einen Prozess der Trauer. In Guatemala aber müssen wir uns beeilen. Du lebst beschleunigte Phasen der Trauer, denn es kommen immer wieder neue Verluste hinzu. Du kannst ja nicht eine Trauer über die andere und darüber die nächste packen.“

Überall in der Hauptstadt ist die Angst vor der alltäglichen Gewalt zu spüren. Daran ändert auch die Kirche nur wenig, kritisiert der Psychologe: „Die Kirche verspricht ein ewiges Leben im Himmel. Bei der armen Bevölkerung Lateinamerikas hat diese Vorstellung zu einem Fatalismus geführt. Sie akzeptiert ihr Leid, weil sie glaubt, Gott habe es so gewollt.“

Diese Kritik will Pater Javier so nicht stehen lassen. Zum Beispiel spricht er in seinen Predigten immer wieder davon, wie wichtig eine gewaltfreie Erziehung ist. Aber er weiss auch, dass diese Botschaft nicht ausreicht, um die trostlose Lage in den Armenviertel zu verbessern. „Zumindest sind wir hier. Das ist doch schon mal was. Wir sind bei den Menschen und wir tun, was in unserer Macht steht.“

## Brand im Kinderheim: Ehemalige Funktionäre bald vor Gericht

**Guatemala, 7. April.** Die ehemaligen Staatssekretäre für Soziale Wohlfahrt, Carlos Rodas und Anahy Keller, sowie der ehemalige Direktor des Kinderheims "Jungfrau der Auferstehung" in San José Pinula, Departement Guatemala, Santos Torres, werden wegen fahrlässiger Tötung, Amtsmissbrauchs, Pflichtverletzung und Misshandlung von Minderjährigen vor Gericht gestellt. Nach einem dreistündigen Gespräch mit der Staatsanwaltschaft (MP) und den VerteidigerInnen folgte der verantwortliche Richter der Ersten Strafkammer, Carlos Guerra Jordán, dem Argument, „dass den drei Personen stets bewusst war, was in dem Kinderheim passierte; sie waren ZeugInnen, dass die Heranwachsenden bewaffnet waren, um jenen zu begegnen, die sich ihnen in den Weg stellten.“

Die MP macht die FunktionärInnen für den Tod der 41 Mädchen verantwortlich, die ihr Leben bei dem Brand verloren, der sich unkontrolliert in der Aula ausbreitete, in der auf Anordnung der Heimleitung 56 Mädchen eingesperrt waren. Dies geschah, nachdem die Mädchen an einem Aufstand teilnahmen, in deren Verlauf sie Mobiliar und andere Einrichtungen des Heims zerstörten und versuchten, aus dem Zentrum auszubrechen. Sie wurden eingesperrt, ohne über die notwendigen Bedingungen zu verfügen, um sich dort länger aufzuhalten. Sie wurden - so Richter Guerra - von der Polizei im Einvernehmen mit der Leitung überwältigt und kontrolliert. Auch hätten die Verantwortlichen des Heims ihren Notruf bei der Feuerwehr falsch ausgeführt, da sie nur die Meuterei, nicht aber das Feuer gemeldet hätten. Als die Feuerwehr eintraf, sei der Schaden bereits irreparabel gewesen.

Torres erklärte, dass er sich während der Unruhen um die Kleinkinder und 'behinderten' Kinder gekümmert habe, um sie in Sicherheit zu bringen. Für die Älteren sei dann die Polizei zuständig gewesen. Die Verteidigung erklärte, dass die Beschuldigten in der Situation keinesfalls die Hände in den Schoß gelegt hätten. Niemand habe diesen Mob aufhalten können.

Richter Guerra verhängte keine Untersuchungshaft gegen die Beschuldigten, sondern verlangte von ihnen je 335.000 Quetzales Kautionszahlung und sich jeden Montag bei der MP zu melden. Letztere habe sechs Monate für weitere Ermittlungen, die dann bei Erhärtung des Verdachtes zu einer Untersuchungshaft der Beschuldigten führen würden. (Ceri-gua, Nómada)

## Europäische Union und Vereinte Nationen unterstützen weiterhin CICIG

**Guatemala, 7. April.** Die Europäische Union und das System der Vereinten Nationen in Guatemala unterschrieben ein Kooperationsabkommen über fünf Millionen Euro für die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG). CICIG unterstützt seit Jahren die nationale Justiz. Das Abkommen wurde in den Büros der Staatsanwaltschaft geschlossen, anwesend waren der Botschafter der EU, Stefano Gatto, die Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, die Koordinatorin der UN in Guatemala, Rebeca Arias, und CICIG-Leiter Iván Velásquez.

Der EU-Botschafter wies in seiner Rede darauf hin, dass die Korruption ein internationales Problem sei, das alle Länder betreffe, besonders aber jene Nationen, deren wirtschaftliche Probleme die politische Sphäre beeinflussen. Korruption sei keine Chimäre, sondern ein ethisches Problem, das auf die menschliche Natur zurückzuführen sei. Deshalb sei es notwendig, die Institutionen der Justiz zu stärken, und Verbindungen und Kooperationen zu schaffen um das Delikt zu bekämpfen, betonte der Diplomat.

Kommissionär Velásquez hob hervor, dass die Korruption kein „theoretischer Begriff ist, deshalb sagt man auch von der Korruption, dass sie tötet, krank macht und eine gute Ausbildung verhindert.“ Sie betreffe somit die gesamte Nation. "Das Volk" - so fährt er fort - "ist das direkte Opfer dieses Verbrechen, das durch kriminelle Organisationen begangen wird. In Guatemala sind die Illegalen Körperschaften und geheimen Sicherheitsapparate (CIACS) die Hauptakteure der Korruption. Diese zielen nicht nur auf die illegale Repression ab, sondern eignen sich öffentliche Gelder an und betreiben illegale Geschäfte wie Schmuggel“.

Velásquez brachte das Beispiel des Netzwerks Moreno (*ein Netzwerk um Francisco Javier Ortiz Arriaga alias Teniente Jerez das bereits seit Mitte der 1990er Jahre an Zollbetrug und dem Verschieben von Autos, beteiligt war, d.Red.*) an, welches das korrupte Handeln der CIACS aufzeigte, die sich dann sogar in illegale politisch-wirtschaftliche Netze ver-

wandelten. Dessen Auflösung war eines der Ziele der CICIG und der MP. „Und in dieser Zielsetzung haben wir, langsam aber sicher, Fortschritte erzielt. Wir haben den Staat von einer offensichtlichen Raub ihrer Gelder durch diese Netzwerke befreit. Deren Identifizierung hat uns nicht nur erlaubt zu erkennen, dass der Staat von jenen Organisationen durchsetzt war, sondern auch spezifische Handlungsweisen zu entwickeln und mit der Staatsanwaltschaft zu vertiefen“, sagte der CICIG-Leiter weiter. Velásquez erinnerte weiterhin daran, dass jene Aktionen den Grund zur Schaffung der CICIG darstellten. Dies wurde von der damaligen guatemaltekischen Regierung angefragt und von jeder weiteren Regierung fortgeführt. Es wurde auch von der aktuellen Regierung bis 2019 bestätigt, damit die CICIG ihren Ermittlungen und der Stärkung der Justizinstitutionen weiter nachgehen kann.

Aus diesem Grund spricht der CICIG-Leiter der EU seinen Dank aus, Geldmittel zur Verfügung zu stellen, damit die CICIG ihre Arbeit gemäss ihres Mandats ausführt: Gegen die CIACS zu ermitteln und sie zu zerschlagen; die Einführung einer Politik, die gegen die Entstehung solcher Netzwerke wirkt, darunter Reformen der Justiz und Institutionen. „(...) Die Aktionen der CICIG können sich nicht nur auf die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung beschränken, wenn der Staat von diesen Strukturen durchsetzt ist“, betont er. Aus den genannten Gründen sieht es der Kommissionär, zusammen mit der Generalstaatsanwältin, als notwendig an, eine Verfassungsreform durchzuführen, mit dem Ziel, das Justizsystem so zu modernisieren, das RichterInnen unabhängig ihrer Arbeit nachgehen können.

Thelma Aldana sagte diesbezüglich, dass die Unterstützung der EU dazu motiviere, die Anstrengungen zu verdoppeln um den Lauf des Landes zu ändern und die CIACS zu zerstören. Aber noch gebe es viel zu tun. (Cerigua)

## Gegen oder für Velásquez und Robinson?

**Guatemala, 13. April.** Der Präsident Jimmy Morales entschied das Regierungsabkommen zu widerrufen, welches Marvin Mérida als Botschafter für Migration ernannte. Nur wenige Stunden später bedankte sich per twitter die Botschaft der USA öffentlich für die Kooperation Guatemalas.

### Der Brief

Hintergrund dafür ist ein Brief, den Mérida an den US-Senator Michael Lee schrieb und sein Missfallen am US-Botschafter in Guatemala, Todd Robinson, ausdrückte. Der Brief wurde am 4. April in einem Umschlag überreicht, der ihn als Botschafter identifizierte, und sagte aus, dass Robinson seine Funktionen überschritten habe. Der Senator wird im Brief gebeten, die Verteilung von Geldern des US-State Departments über die USAID an linkspolitische Gruppen zu überprüfen. Der Brief besagt: „Ich möchte Sie darüber informieren, dass in meinem Land ähnliche Praktiken existieren, die der Botschafter Todd Robinson mit seinen direkten Aktionen unterstützt. Diese können als eine Verletzung der internationalen Abkommen interpretiert werden, da sie in die internen Angelegenheiten Guatemalas eingreifen. Das führt zu einem Klima grosser Besorgnis.“

Kurze Zeit später erliess das Aussenministerium eine Note an die USA, in der erklärt wurde, das Mérida kein öffentliches Amt trage und lediglich ein Berater zu Migrationsthemen für den Präsidenten Jimmy Morales sei. Die Regierung unterrichtete ebenso über die sozialen Netzwerke, dass Mérida seines speziellen Rangs als Botschafter enthoben wurde. Innenminister Raúl Morales verdeutlichte in der Note an den Senator Lee, dass „Herr Mérida keinen offiziellen Posten in der Regierung inne hat (...) Weder der Präsidenten noch ich selbst oder mein Ministerium sind mit dem Brief einverstanden oder dem, was er ausdrückt, vor allem, was Botschafter Todd Robinson betrifft, den wir respektieren und wertschätzen, so wie seine Arbeit und die der Institutionen der USA in Guatemala“.

### Doppelte Moral

Währenddessen läuft in Guatemala die Kampagne gegen Iván Velásquez und den Botschafter Robinson wegen ihres Anti-Korruptions-Kampfs. Eine Vereinigung aus verschiedenen Sektoren, sowohl von Unternehmerseite als auch der Regierung, wollen den CICIG-Leiter und den US-Botschafter ihrer Posten entheben. Beide Sektoren streiten dies zwar ab, viele ExpertInnen gehen aber davon aus, dass die Hypothese stimmig ist. Darunter fällt auch der Brief, den Mérida dem Senator Lee während eines Besuchs übergab.

Pedro Pablo Solares von der Initiative Nordbrücken sieht in Mérida einen intimen Kollaborateur von Morales. Der Präsident selbst habe ihn öffentlich „als Freund und Vertrauensperson in den USA“ bezeichnet, weshalb das ganze Briefge-

plänkel wie ein doppeltes Spiel erscheine. „Es ist offensichtlich, dass Mérida auf seine Weise als Repräsentant der Regierung handelte (...) Ausserdem müssen die BotschafterInnen einer Regierungspolitik entsprechen. Der Innenminister führt diese Politik aus, gemäss den Anweisungen der Regierung. Die Handlungen der BotschafterInnen sind nicht persönlicher Natur“, sagte Solares.

Der Verfassungsrechter Alejandro Balsells erklärte, dass UnternehmerInnen und Regierung einen doppeldeutigen Dialog bezüglich Robinson und Velásquez führen. „Die Regierung muss ihre Probleme auf diplomatischen Weg lösen und das bedeutet, dass die Klagen und Beschwerden von den dafür Verantwortlichen beantwortet und letztendlich der Botschafter als persona non grata erklärt werden musste. Aber diese Zweideutigkeit des 'ich liebe dich, weil ich Angst habe, dir weh zu tun,' tut niemanden gut“, so Balsells. Er führte weiter aus: „Die UnternehmerInnen folgen einer schrecklichen doppelten Moral, denn sie sagen, sie unterstützen die CICIG, aber drehen ihr dann den Rücken zu und boykottieren das Thema. Man weiss nicht, ob sie das tun, weil ihnen nicht gefällt, was ans Licht kommt, oder weil sie andere Gründe haben“.

### **Marvin Mérida**

Botschafter Mérida antwortete in den sozialen Medien auf das Geplänkel, dass er seine Meinung weiterhin vertrete, und zwar als Guatemalteke, der den Respekt der Staatshoheit in der Entscheidungsgewalt verteidigt. „Das Handeln von Robinson lässt sehr zu wünschen übrig. Der Präsident hat mich nicht angewiesen, ich habe das aus meiner persönlichen Meinung heraus getan“, erklärte er. ExpertInnen wiesen darauf hin, dass seine Erklärungen auf Regierungspapier gedruckt waren. Claus Marvin Mérida ist ein guatemaltekischer Immigrant, der in den USA lebte, bis er Jimmy Morales kennen lernte und zu seinem Unterstützer in der guatemaltekischen Gemeinde in den USA wurde. Mérida half Morales seine Präsidentschaftskampagne 2015 zu führen und die in Nordamerika illegal lebenden AnwohnerInnen für ihn zu begeistern. Er unterstützte ebenso die Schaffung eines Präsidentschaftsforums in den USA, aus denen Morales als Gewinner hervorging. Im November 2015, als Morales bereits die Präsidentschaft gewonnen hatte, erhielt Mérida vom Ex-Regierungschef Alejandro Maldonado durch ein Regierungsdekret den Rang des Botschafters. Monate später wurde er vom Präsidenten als Kommissionär für das Thema der Migration benannt. (PL)

## **Biopsia, April 2017 / von Diana Vásquez: Widersprüchliche Urteile**

In einem Forum über die richterliche Unabhängigkeit und spezialisierte Rechtsprechung bestätigte sich, dass man in Zentralamerika einen Prozess des Rückschritts erlebt. Fälle von hoher Bedeutung, die vor Gericht kamen, leiden unter Rückschlägen, werden behindert oder die Urteile passen sich dem Druck oder dem Geld an.

In diesem Forum erinnerten mehrere der exponierenden RichterInnen ihre KollegInnen im Publikum daran, dass sie ihre Arbeit zwar gut machen wollen, sich aber sicher nicht deshalb in MärtyrerInnen verwandeln. Vielmehr wollen sie einfach effiziente MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes sein, die die Natur ihres Amtes respektieren und vor allem gerechte Urteile sprechen.

Die teilnehmenden RichterInnen, darunter die bekannten Yassmin Barrios und Miguel Ángel Gálvez, baten die Zivilgesellschaft, ihre Arbeit zu unterstützen und zu beobachten. RichterInnen werden mit unterschiedlichsten Mitteln unter Druck gesetzt, diskreditiert und bedroht, weil sie sich in ihren Gerichten, in denen wichtige Prozesse - Prozesse, die die historische Machtverteilung erschüttern - geführt werden, an das Gesetz halten.

Die Rückschläge kann man an Prozessen erkennen, wie zum Beispiel jenen, der gegen den pensionierten Oberstleutnant Mynor Padilla und die Guatemaltekische Nickel-Kompanie (CGN) geführt wird. Die Tochterfirma der kanadischen HudBay Minerals Inc steht wegen ihrer Beteiligung ihrer Sicherheitsmänner an dem Tod des Lehrers Adolfo Ich Chamán im Jahr 2009 vor Gericht. Bei diesem Angriff wurde darüber hinaus Germán Chub Choc verletzt, der seither gelähmt ist und im Rollstuhl sitzt (siehe **¡Fijáte! 474**).

Gemäss der Union der MenschenrechtsverteidigerInnen Guatemalas (Udefegua) wird dieser Prozess „ständig unterbrochen durch die Aussetzung von Anhörungen und durch böswillige Rechtsstreitigkeiten, die dem Angeklagten, seinen Anwältinnen und den Unternehmen (CGN und Hudbay) erlaubten, Drohungen und Einschüchterungen gegen ZeugInnen, KlägerInnen und Opfer anzuwenden, um zu verhindern, dass diese zu den Sitzungsterminen erscheinen, um auszu-

sagen und Gerechtigkeit zu verlangen". Die Anhörungen waren nicht öffentlich.

Am 6. April sprach das Strafgericht für Drogenhandel und Delikte gegen die Umwelt von Izabal, unter der Leitung von Ana Leticia Peña Ayala, einen Militärangehörigen von seinen Anschuldigungen der Körperverletzung, des Mordes und des Attentats gegen Gemeindemitglieder frei. Darüber hinaus ordnete sie an, gegen die KlägerInnen und den Staatsanwalt zu ermitteln, da "sie falsche ZeugInnen erfunden haben".

In einem anderen Fall standen vier Personen wegen des Todes von José Mérida Escobar vor Gericht. Mérida Escobar ermittelte im Fall Myrna Mack Chang. Die Anthropologin wurde 1990 ermordet. Mérida Escobar zeigte 1991 die Beteiligung des Generalstabs der Regierung an der Ermordung Macks auf.

In diesem Jahr 2017 wurde das Urteil getroffen, liess aber viele Zweifel aufkommen. Der Staatsanwalt, der den Fall führte, sagte: „Wir können nicht mit damit einverstanden sein, dass drei Polizisten wegen der Verletzung ihrer Pflichten gegen die Menschlichkeit verurteilt werden, während das ganze Umfeld der Operation straffrei bleibt ... wir verstehen nicht, warum das Gericht derart versagt und wir werden natürlich das Urteil anfechten.“

Helen Mack, Nebenklägerin im Fall, klagte an, dass wenn der ehemalige Leiter des Departements für Kriminalermittlungen der Nationalpolizei freigesprochen werde, dies deshalb geschehe, damit der Fall nicht in der Befehlskette nach oben hin weiter verhandelt wird. „In dem Urteil wird akzeptiert, dass die Ermittlungen fehlgeleitet wurden, und dass es Absprachen mit dem Geheimdienst gab. Aber Mejía García freizusprechen zeigt, dass die Intentionen in Wirklichkeit andere sind, nämlich das dieser Fall (der ein Fall, ist, der mit anderen grösseren in Zusammenhang steht) nicht weiter geht," bestätigte sie.

In diesen zwei Fällen bedarf es noch vieler Anstrengungen des Justizsystems, um an die Machtstrukturen heranzukommen, sie zu demaskieren und sie vor Gericht zu bringen. Es beginnt bei der Beseitigung der Exklusion von historisch marginalisierten Gruppen und endet bei gerechten Gerichtsprozessen, die einen fairen Prozess für Schlüsselpersonen (meist hochrangige Militärs) respektieren, die an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt waren.

## **¡Fijáte!**

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

**Jetzt auch auf Facebook:** [www.facebook.com/fijateMagazin](http://www.facebook.com/fijateMagazin)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel  
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**Achtung:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6